

OK

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C O N F I D E N T I A L

50X1-HUM

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Ministry of Foreign and All-German Trade: Official Bulletin on Intrabloc Trade	DATE DISTR.	1 SEP 1960
		NO. PAGES	1
		REFERENCES	RD

DATE OF INFO.		50X1-HUM
PLACE & DATE ACQ.		50X1-HUM

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

official bulletin of the East German Ministry of Foreign and All-German Trade for 30 September 1959. The publication, entitled Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aussenhandel und Innerdeutschen Handel, contains directives governing trade with CEMA countries.

22 SEP 1960
50X1-HUM

C O N F I D E N T I A L

50X1-HUM

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC		NSA	X		
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)															

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1959

Berlin, den 30. September

Sonderdruck

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)	2
II. Protokolle zur Ergänzung der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958	
DDR/VR Albanien (sowie Briefwechsel betr. den § 6 der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958)	11
DDR/VR Bulgarien	13
DDR/CSR	13
DDR/VR Polen	14
DDR/Rumänische VR	15
DDR/UdSSR	16
DDR/Ungarische VR	17
Hinweis	18

Zusammenfassung der im Zusammenhang mit den Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958 erfolgten Bekanntmachungen

Zur Erleichterung der Arbeit der Außenhandelsunternehmen erfolgt nachstehend eine Zusammenfassung der in Zusammenhang mit den „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ im Verfügungs- und Mitteilungsblatt des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel erfolgten Bekanntmachungen:

I. Durch Verfügung Nr. 73 des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel* wurden die nachstehend nochmals abgedruckten „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ für den Außenhandel der DDR innerstaatlich in Kraft gesetzt. Diese „All-

gemeinen Bedingungen des RgW 1958“ finden auf alle Verträge Anwendung, die zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der übrigen Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Volksrepublik Albanien, Volksrepublik Bulgarien, Volksrepublik Polen, Rumänische Volksrepublik, Tschechoslowakische Republik, Ungarische Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) nach dem 1. Januar 1958 abgeschlossen wurden bzw. werden.

* Vgl. Verf. u. Mitt. Sonderdruck Januar 1958

50X1-HUM

CONFIDENTIAL

I. Allgemeine Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

(Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

Alle Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe erfolgen auf Grund der nachstehenden Allgemeinen Lieferbedingungen.

Falls die Partner beim Abschluß des Vertrages feststellen, daß es infolge des spezifischen Charakters der Ware und/oder der Besonderheiten ihrer Lieferung erforderlich ist, von einzelnen Bestimmungen dieser Allgemeinen Lieferbedingungen abzugehen, können sie im Vertrag abweichende Vereinbarungen treffen.

I. Abschluß des Vertrages

§ 1

Der Vertrag gilt als abgeschlossen zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung durch die beiden Partner. Falls er zwischen Abwesenden vollzogen wird, gilt er zu dem Zeitpunkt als abgeschlossen, zu dem der Besteller die vorbehaltlose Bestätigung der Bestellung erhalten hat oder zu dem der Anbietende die vorbehaltlose Mitteilung über die Annahme des Angebotes erhalten hat, und zwar in der Frist, die in der Bestellung oder im Angebot gesetzt ist bzw. wenn in der Bestellung oder im Angebot eine solche Frist nicht gesetzt ist, im Laufe von 30 Tagen, gerechnet vom Tage ihrer Absendung.

Die Bestellung und das Angebot sowie die Bestätigung der Bestellung oder die Annahme des Angebotes sind unter der Bedingung gültig, daß sie in schriftlicher Form erfolgen. Zur Wahrung der Schriftform genügt jedoch telegrafische oder fernschriftliche Übermittlung. In gleicher Weise werden Anlagen und Ergänzungen zum Vertrag sowie Änderungen des Vertrages ausgefertigt.

§ 2

Alle Anlagen zum Vertrag, wie technische Bedingungen, Spezifikationen, besondere Prüfungsbedingungen, Verpackungs-, Markierungs- und Verladevorschriften u. ä. bilden einen untrennbaren Bestandteil des Vertrages, sofern sie im Vertrag genannt sind oder in ihnen selbst auf den betreffenden Vertrag Bezug genommen wird.

§ 3

Nach Vertragsabschluß verlieren die gesamte vorangegangene Korrespondenz sowie die Vertragsverhandlungen ihre Gültigkeit.

II. Lieferbasis

§ 4

Bei Beförderungen mit der Eisenbahn erfolgen die Lieferungen franko Waggon Grenze des Verkäuferlandes, wobei folgendes gilt:

- a) Der Verkäufer trägt die Kosten für die Beförderung der Ware bis zur Staatsgrenze seines Landes, jedoch trägt die Kosten für die Umladung und/oder für die Umstellung der Radsätze der Käufer.
- b) Das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware von der Eisenbahn des Verkäuferlandes an die übernehmende Eisenbahn auf den Käufer über.
- c) Als Lieferdatum gilt das Datum des auf dem Eisenbahnfrachtbrief angebrachten Stempelabdruckes der Grenzstation, auf der die Ware von der Eisenbahn des Verkäuferlandes an die übernehmende Eisenbahn übergeben wird.

§ 5

Bei Beförderungen mit Kraftfahrzeugen erfolgen die Lieferungen franko Ort der Verladung der Ware auf die Transportmittel des Käufers oder, falls die Ware mit den Transportmitteln des Verkäufers über die

Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, franko Ort der Zollabfertigung der Ware durch das Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes, wobei folgendes gilt:

- a) Der Verkäufer trägt die Kosten für die Beförderung der Ware bis zum Ort der Verladung der Ware auf die Transportmittel des Käufers oder, falls die Ware mit den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, bis zum Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes.
- b) Das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übernahme der Ware von den Transportmitteln des Verkäufers auf die Transportmittel des Käufers oder, wenn die Ware mit den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, zum Zeitpunkt der Zollabfertigung der Ware durch das Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes auf den Käufer über.
- c) Als Lieferdatum gilt das Datum des Dokumentes, das die Übernahme der Ware durch die Transportmittel des Käufers bestätigt oder, wenn die Ware von den Transportmitteln des Verkäufers über die Staatsgrenze seines Landes hinaus befördert wird, das Datum der Zollabfertigung der Ware durch das Grenzzollamt des an das Verkäuferland grenzenden Landes.

§ 6

Bei Beförderungen auf dem Wasserwege erfolgen die Lieferungen fob, cif, oder c & f des im Vertrag vorgesehenen Hafens.

1. Bei Lieferung unter den Bedingungen fob gilt folgendes:

- a) Der Verkäufer trägt alle Kosten bis zum Zeitpunkt der Verladung der Ware an Bord des Schiffes.

Die Partner können im Vertrag vereinbaren, daß der Verkäufer auch die Kosten für die Verladung der Ware in den Schiffsraum, einschließlich der Kosten für Trimmen oder Stauen der Ware, trägt.

- b) Das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt des Überganges der Ware an Bord des Schiffes im Verladehafen auf den Käufer über.
- c) Als Lieferdatum gilt das Datum des Anbordskonnossements oder des Flußladescheines.

2. Bei Lieferungen unter den Bedingungen cif und c & f gilt folgendes:

- a) Der Verkäufer trägt alle Transportkosten bis zum Zeitpunkt des Einlaufens des Schiffes im Löschhafen; der Käufer trägt alle Kosten für das Löschen der Ware aus den Schiffsräumen, jedoch trägt der Käufer diese Kosten nicht bei Beförderungen mit Linienschiffen, bei denen die Löschkosten in den Frachtkosten enthalten sind.
- b) Das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt des Überganges der Ware an Bord des Schiffes im Verladehafen auf den Käufer über.
- c) Als Lieferdatum gilt das Datum des Anbordskonnossements oder des Flußladescheines.

50X1-HUM

CONFIDENTIAL

3. In den Verträgen kann vereinbart werden, wer bei Beförderungen auf dem Wasserwege die Kosten für die Staumaterialien trägt.

§ 7

Bei Beförderungen auf dem Luftwege erfolgen die Lieferungen franko Ort der Übergabe der Ware zur Beförderung an die Luftfahrtgesellschaft im Verkäuferland, wobei folgendes gilt:

- a) Der Verkäufer trägt alle Kosten bis zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware an die Luftfahrtgesellschaft im Verkäuferland.
- b) Das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware an die Luftfahrtgesellschaft im Verkäuferland auf den Käufer über.
- c) Als Lieferdatum gilt das Datum des Luftfrachtbriefes.

§ 8

Bei Postsendungen erfolgen die Lieferungen portofrei Empfänger, wobei folgendes gilt:

- a) Der Verkäufer trägt alle Beförderungskosten bis zum Bestimmungsort.
- b) Das Eigentumsrecht an der Ware sowie das Risiko für den zufälligen Untergang oder eine zufällige Beschädigung der Ware gehen vom Verkäufer zum Zeitpunkt der Übergabe der Ware an das Postamt des Verkäuferlandes auf den Käufer über. Dabei gehen zum Zeitpunkt der Übergabe der Sendung an das Postamt des Verkäuferlandes alle Ansprüche aus dem mit der Post abgeschlossenen Beförderungsvertrag vom Verkäufer auf den Käufer über.
- c) Als Lieferdatum gilt das Datum der Postquittung.

III. Lieferfristen

§ 9

Wenn der Käufer eine im Vertrag vorgesehene Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Herstellung der Ware nicht innerhalb der im Vertrag vereinbarten Frist erfüllt hat oder wenn der Käufer die von ihm übergebenen Unterlagen später ändert und sofern dadurch für den Verkäufer wesentliche, mit der Produktion verbundene Schwierigkeiten entstehen, so ist der Verkäufer berechtigt, die Lieferfrist entsprechend zu verlängern, jedoch nicht länger als um den Zeitraum, um den der Käufer die Erfüllung der obengenannten Verpflichtung verzögert hat, und/oder den Ersatz des im Zusammenhang damit entstandenen tatsächlichen Schadens zu fordern. Über die Verlängerung der Lieferfrist muß der Verkäufer den Käufer rechtzeitig benachrichtigen.

§ 10

Wenn in einem Vertrag über die Lieferung von Maschinen oder Ausrüstungen konkrete Lieferfristen für ihre Teile nicht vereinbart sind, dann gilt als Erfüllungsdatum der Lieferung der Tag, an dem die Lieferung des letzten Teiles der Maschine oder Ausrüstung erfolgt ist, ohne den diese Maschine oder Ausrüstung nicht in Betrieb genommen werden kann.

Durch die in diesem Paragraphen getroffene Regelung verliert der Käufer nicht den Anspruch auf die nicht gelieferten Teile.

IV. Güte der Ware

§ 11

Wenn im Vertrag nicht vereinbart ist, daß die Güte der Ware einer bestimmten Spezifikation, technischen Bedingungen oder einer Standardnorm (unter Angabe der Nummer und des Datums) oder einem zwischen den Partnern vereinbarten Muster entsprechen soll, so ist der Verkäufer verpflichtet, Ware mittlerer Art und Güte zu liefern, wie sie bei Lieferungen der betreffenden Warenart im Verkäuferlande üblich ist.

§ 12

Nach Vertragsabschluß vorgeschlagene Vervollkommnungen, die Konstruktionsänderungen bedingen, können nur nach Vereinbarung der Partner vorgenommen werden.

V. Menge der Ware

§ 13

Die Kollianzahl und/oder das Gewicht der gelieferten Ware werden bestimmt:

1. bei Beförderungen mit der Eisenbahn:
 - a) wenn das Gewicht der Ware von der Versandstation der Eisenbahn des Verkäuferlandes festgestellt worden ist — auf Grund des Frachtbriefes für den direkten Internationalen Eisenbahn-Güterverkehr;
 - b) wenn die Kollianzahl und/oder das Gewicht der Ware auf der Eisenbahnversandstation des Verkäuferlandes durch den Absender festgestellt und durch die Eisenbahn nicht überprüft worden ist und die Beförderung ohne Umladung erfolgt, sofern im Vertrag nichts anderes vereinbart ist — auf Grund des Frachtbriefes für den direkten Internationalen Eisenbahn-Güterverkehr oder, falls die Prüfung des Gewichtes und/oder der Kollianzahl durch die Eisenbahn während der Beförderung oder an der Bestimmungsstation durchgeführt worden ist — auf Grund des Dokumentes, das die Ergebnisse dieser Verwiegung und/oder der Prüfung der Kollianzahl durch die Eisenbahn ausweist und das in Übereinstimmung mit dem SMGS ausgestellt worden ist, vorausgesetzt, daß Ware und der Waggon am Prüfungsort in einem Zustand eintrafen, der die Verantwortung der Eisenbahn ausschließt;
2. bei Beförderungen mit Kraftfahrzeugen — auf Grund des Transportdokumentes;
3. bei Beförderungen auf dem Wasserwege — auf Grund des Konnossements bzw. des Flußbladescheines;
4. bei Beförderungen auf dem Luftwege — auf Grund des Luftfrachtbriefes;
5. bei Postsendungen — auf Grund der Postquittung;
6. bei Einlagerung der Ware gemäß §§ 29 und 30 — auf Grund des Lagerscheines oder der Verwahrungsquittung.

Die Prüfung der Menge der gelieferten Ware in spezifizierten Maßeinheiten (z. B. Meter, Stück, Paar, Nettogewicht usw.) erfolgt auf Grund der Spezifikation des Verkäufers.

VI. Verpackung

§ 14

Wenn im Vertrag keine besonderen Hinweise auf die Verpackung enthalten sind, muß der Verkäufer die Ware in einer Verpackung versenden, die im Verkäuferlande für Exportwaren üblich ist und die bei ordnungsgemäßer und üblicher Behandlung der Ware sowie unter Berücksichtigung etwaiger Umladungen deren Unversehrtheit beim Transport gewährleistet. Dabei müssen die Dauer und die Art der Beförderung entsprechend berücksichtigt werden.

Maschinen und Ausrüstungen müssen vor ihrer Verpackung ordnungsgemäß eingefettet werden, so daß deren Schutz vor Korrosion gewährleistet ist.

§ 15

Jedes Kollo muß mit einer ausführlichen Packliste versehen sein.

Bei Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen sind in der Packliste anzugeben: Bezeichnung der Maschinen und der Einzelteile, die in dem betreffenden Kollo verpackt sind, deren Menge mit Angabe der technischen Daten gemäß den entsprechenden Positionen des Vertrages, die Werksnummer der Maschine, die Nummer der Zeichnung, Brutto- und Nettogewicht und eine genaue Markierung des betreffenden Kollos.

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

Der in einer Kiste verpackten Maschine oder Ausrüstung ist ein Exemplar der Packliste in einem wasserdichten Umschlag beizulegen oder an der äußeren Seite der Kiste zu befestigen.

Falls die Maschine oder Ausrüstung ohne Verpackung verladen wird, muß der Umschlag aus wasserdichtem Papier, in den die Packliste eingelegt ist, mit einer dünnen Blechplatte bedeckt werden, die unmittelbar an die Metalteile der Maschine angeschweißt wird.

§ 16

Falls im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, so ist der Verkäufer verpflichtet, zusammen mit den Transportdokumenten eine Gewichtsspezifikation für jedes Kollo und ein Dokument, das die Güte der Ware bestätigt, in je einer Ausfertigung zu übersenden.

VII. Markierung

§ 17

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, so muß an jedes Kollo mit wasserbeständiger Farbe deutlich folgende Markierung angebracht werden:

Nummer des Vertrages

Nummer des Kollos

Empfänger

Brutto- und Nettogewicht in kg.

Bei Beförderungen mit der Eisenbahn muß die Markierung den Erfordernissen des Abkommens über den Internationalen Eisenbahngüterverkehr (SMGS) entsprechen.

Bei Beförderungen auf dem Wasserwege muß die Markierung auch die Abmessungen der Kisten in cm sowie erforderlichenfalls den Bestimmungshafen und das Bestimmungsland enthalten.

Bei Beförderungen mit anderen Transportmitteln muß die Markierung den Erfordernissen der Bestimmungen entsprechen, die für die entsprechende Transportart gelten.

Wenn infolge des spezifischen Charakters der Ware eine Spezial- (Vorsichts-) Markierung erforderlich ist, so ist der Verkäufer verpflichtet, diese anzubringen.

Die Kisten werden an zwei Stirnseiten markiert, die unverpackte Ware an zwei Seiten.

Die Markierung erfolgt in der Sprache des Verkäuferlandes mit einer Übersetzung in die russische oder deutsche Sprache.

Für Ausrüstungen und Maschinen wird die Nummer des Kollos durch eine Bruchzahl angegeben, wobei der Zähler die laufende Nummer des Kollos und der Nenner die Anzahl der Kolli, in denen die gesamte Einheit der Ausrüstung verpackt ist, bedeutet.

VIII. Technische Dokumentation

§ 18

Wenn im Vertrag nicht vereinbart ist, welche technische Dokumentation (Zeichnungen, Spezifikationen, Pflege-, Benutzungs- und Montageinstruktionen usw.) vom Verkäufer im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrages übergeben werden soll sowie wenn die Anzahl ihrer vollen Sätze, die Reihenfolge und die Termine ihrer Aushändigung nicht vereinbart sind, so muß der Verkäufer dem Käufer die technische Dokumentation in Übereinstimmung mit der Praxis zur Verfügung stellen, die in dem entsprechenden Industriezweig des Verkäuferlandes üblich ist. Die technische Dokumentation muß so ausgeführt sein, daß sie eine normale Benutzung der Maschinen und/oder Ausrüstungen in der Produktion, ihre Inbetriebnahme, ihre Inbetriebhaltung und Pflege sowie die laufenden Reparaturen gewährleistet.

* Anmerkung: Auslegung der §§ 20 und 21

Folgende Auslegung der §§ 20 und 21 der Allgemeinen Bedingungen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1955 wird für die Außenhandelsunternehmen für verbindlich erklärt:

1. Soweit nicht ausdrücklich andere Vereinbarungen mit dem ausländischen Vertragspartner getroffen wurden, bezieht sich die Verpflichtung des Verkäufers zur Kontrolle der Exportwaren auf die von den Herstellerbetrieben durchzuführende Gütekontrolle. Das Ergebnis der Gütekontrolle

In der technischen Dokumentation müssen die entsprechenden Nummern des Vertrages, der Lieferorder und der Partie (Trans) angegeben sein.

Die in den Verträgen vorgesehene technische Dokumentation, die zusammen mit der Ware abgeschickt wird, muß in wasserdichtes Papier verpackt sein oder auf eine andere Art, die sie bei gleichzeitigem Transport mit der Ware vor Beschädigung schützt.

Wenn im Vertrag die Termine für die Übergabe der Fundamentpläne oder der Baubeschreibungen oder der für die Projektierung der Fundamente notwendigen Unterlagen vom Verkäufer an den Käufer nicht vorgesehen sind, so werden diese Termine von den Partnern zusätzlich vereinbart.

§ 19

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, behält der Verkäufer das ausschließliche Recht auf die dem Käufer übergebene technische Dokumentation.

Der Käufer darf die ihm übergebene technische Dokumentation, auf die der Verkäufer das ausschließliche Recht behält, nur innerhalb seines Landes und nur zur Wartung der Maschinen und/oder Ausrüstungen, für welche diese Dokumentation übergeben wurde, für ihre Inbetriebhaltung und Reparatur (einschließlich der Herstellung der Ersatzteile, die für Reparaturen erforderlich sind) verwenden oder verwenden lassen.

Die in Übereinstimmung mit dem Vertrag übergebene Dokumentation darf nicht veröffentlicht werden.

Bei Annullierung des Vertrages muß der Käufer die ihm übergebene technische Dokumentation dem Verkäufer unverzüglich nach dessen Aufforderung, jedoch nicht später als innerhalb von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Annullierung des Vertrages, zurückgeben.

Wenn die Ware nach einer technischen Dokumentation des Käufers hergestellt wird, so werden auf die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner bezüglich der technischen Dokumentation die Bestimmungen dieses Paragraphen entsprechend angewandt.

IX. Gütekontrolle der Ware

§ 20*

Der Verkäufer ist verpflichtet, vor Verladung der Ware deren Güte auf seine Kosten in Übereinstimmung mit den mit dem Käufer vereinbarten Bedingungen einer Kontrolle (je nach der Art der Ware Prüfung, Analyse oder Beschau usw.) zu unterziehen. Falls keine Bedingungen vereinbart sind, hat die Kontrolle entsprechend den üblichen Gütekontrollvorschriften, die im Verkäuferland für die betreffende Ware bestehen, zu erfolgen.

Bei der Lieferung von industriellen und landwirtschaftlichen Massenbedarfsgütern erfolgt die Gütekontrolle, falls andere Bedingungen im Vertrag nicht enthalten sind, nur stichprobenweise entsprechend den im Verkäuferland allgemein üblichen Regeln.

Für die zur Lieferung vorgesehene Ware muß vor deren Verladung im Auftrage und auf Kosten des Verkäufers, sofern es sich um Maschinen und Ausrüstungen handelt, die einer Prüfung unterliegen, ein Prüfungsprotokoll mit Angabe der wesentlichen Einzelheiten und der Ergebnisse der Prüfung oder, sofern es sich um andere Waren handelt, ein Qualitätszertifikat bzw. ein anderes Dokument, das die Übereinstimmung der Güte der Ware mit den Vertragsbedingungen bestätigt, ausgestellt werden.

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer das die Güte der Ware bestätigende Dokument zu übergeben. Das

ist von der Gütekontrolle des Lieferbetriebes in einem Dokument zu bestätigen und vom Verkäufer dem Käufer zu übergeben. Eine Warenkontrolle durch eine besondere Kontrollfirma ist nicht zwingend vorgeschrieben.

2. Die „Direktive zur Sicherung der Qualität der Importwaren“ vom 23. 11. 1955 und die „Direktive zur Sicherung der Qualität der Exportwaren“ vom 25. 1. 1957 behalten ihre volle Gültigkeit.

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

Prüfungsprotokoll wird dem Käufer nur auf dessen Verlangen übergeben.

Wenn infolge der Besonderheiten der Maschinen oder Ausrüstungen oder anderer Umstände eine Prüfung der im Vertrag vereinbarten Leistungsfähigkeit am Ort ihrer Aufstellung notwendig ist, so erfolgt diese Prüfung vollständig oder teilweise am Ort ihrer Aufstellung im Käuferland, und zwar in der Art und Weise und zu den Fristen, wie das im Vertrag vereinbart ist.

§ 21*)

Falls im Vertrag vereinbart ist, daß ein Vertreter des Käufers das Recht hat, an der Gütekontrolle der Ware im Verkäuferland teilzunehmen, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die Bereitstellung der Ware zur Kontrolle innerhalb einer Frist mitzuteilen, die dem Käufer die Möglichkeit gibt, an der Kontrolle teilzunehmen.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer die Teilnahme an der Prüfung laut den Bedingungen des Vertrages und dem im betreffenden Industriezweig des Verkäuferlandes üblichen Verfahren zu ermöglichen. Dabei hat der Verkäufer alle Kosten zu bezahlen, die mit der Durchführung der Prüfung verbunden sind (Kosten für das Personal, die Verwendung der technischen Ausrüstungen, Energie, Hilfsmaterialien usw.), mit Ausnahme der Kosten für den Vertreter des Käufers.

Wenn der Vertreter des Käufers nicht an der Gütekontrolle der Ware teilnimmt, verliert der Verkäufer nicht das Recht, die Ware zum Versand zu bringen, sofern ein Dokument, daß die Übereinstimmung der Waren-güte mit den Vertragsbestimmungen bestätigt, aus-gefertigt wurde.

Die Teilnahme eines Vertreters des Käufers an der Gütekontrolle der Ware, die vom Verkäufer durchgeführt wird, befreit den Verkäufer nicht von der Verantwortung für die Güte der Ware.

X. Garantien

§ 22

Der Verkäufer ist innerhalb der Garantiefrist für die Güte der Ware, insbesondere für die Güte der zu ihrer Herstellung verwandten Materialien, für die Konstruktion der Maschinen und Ausrüstungen (wenn die Ausrüstungen, Maschinen usw. nicht nach Zeichnungen des Käufers hergestellt werden) sowie für die Eigenschaften der Ware, die im Vertrag festgelegt sind, verantwortlich.

§ 23

Es gelten folgende Garantiefristen:

- für Gegenstände der Feinmechanik, Meßgeräte, optische Erzeugnisse und Werkzeuge — 9 Monate, gerechnet ab Lieferdatum;
- für Maschinen und Apparate aus der Serienproduktion, für kleine und mittlere Anlagen — 12 Monate, gerechnet vom Tage der Inbetriebnahme, jedoch nicht mehr als 15 Monate, gerechnet ab Lieferdatum;
- für Schwermaschinen und große Anlagen — 12 Monate, gerechnet vom Tage der Inbetriebnahme, jedoch nicht mehr als 24 Monate, gerechnet ab Lieferdatum.

Für komplette Werke und Anlagen können im Vertrag längere Garantiefristen vorgesehen werden.

Für Maschinen und Ausrüstungen, die in diesem Paragraphen nicht genannt sind, für rollendes Eisenbahnmateriale, Radsätze von rollendem Eisenbahnmateriale, Kabelerzeugnisse sowie für Waren, für die eine Garantie nach Vereinbarung der Partner oder auf Grund des Handelsbrauches gewährt wird, wie z. B. Konserven und langlebige Konsumgüter, werden die Garantiefristen im Vertrag festgelegt.

Falls sich die Inbetriebnahme einer Maschine oder Ausrüstung durch Verschulden des Verkäufers verzögert, insbesondere infolgedessen, daß der Verkäufer die im Vertrag vorgesehenen Zeichnungen, Benützungsvorschriften und anderen Unterlagen nicht über-

*) siehe Anmerkung S. 4

CONFIDENTIAL

gibt oder die vereinbarten Leistungen nicht erbringt, wird die ab Lieferdatum gerechnete Garantiefrist um den Zeitraum verlängert, um den der Verkäufer schuldhaft die Inbetriebnahme der Maschine oder Ausrüstung verzögert hat.

§ 24

Wenn sich die Ware innerhalb der Garantiefrist als mangelhaft oder nicht den Vertragsbedingungen entsprechend erweist, so ist unabhängig davon, ob der Mangel bei der Prüfung im Werk des Verkäufers festgestellt werden konnte, der letztere verpflichtet, die aufgetretenen Mängel unverzüglich nach Aufforderung durch den Käufer durch Ausbesserung oder Ersatz der mangelhaften Gegenstände oder Teile auf seine Kosten zu beseitigen.

In diesem Falle ist der Käufer berechtigt, vom Verkäufer die Bezahlung einer Konventionalstrafe in der Art und Höhe zu verlangen, wie das in § 51 Abs. 4 vorgesehen ist.

Die ausgewechselten mangelhaften Gegenstände oder Teile werden dem Verkäufer auf sein Verlangen und auf seine Kosten nicht später als 6 Monate nach ihrem Ersatz zurückgesandt.

§ 25

Wenn der Verkäufer die angezeigten Mängel nicht unverzüglich nach Aufforderung durch den Käufer beseitigt, so ist der Käufer berechtigt, ohne Verlust seiner Garantierechte diese Mängel selbst auf Kosten des Verkäufers zu beseitigen, wobei der Verkäufer verpflichtet ist, die Reparatur in Höhe der normalen tatsächlichen Kosten zu bezahlen. Kleinere Mängel, die keinen Aufschub zulassen und die nicht die Teilnahme des Verkäufers an ihrer Beseitigung erfordern, werden unter Anrechnung der normalen tatsächlichen Kosten zu Lasten des Verkäufers durch den Käufer beseitigt.

§ 26

Der Verkäufer haftet nicht aus seiner Garantieverpflichtung, falls die aufgedeckten Mängel nicht durch Verschulden des Verkäufers, sondern insbesondere durch eine vom Käufer unsachgemäß durchgeführte Montage oder Reparatur der Ausrüstungen oder Maschinen durch die Nichteinhaltung der Bedienungs- und Wartungsvorschriften sowie durch vom Käufer durchgeführte Änderungen an den Ausrüstungen und Maschinen entstanden sind.

§ 27

Im Falle der Ausbesserung oder des Ersatzes der mangelhaften Gegenstände oder Teile werden die Garantiefristen für die Ausrüstungen oder Maschinen um die Zeit verlängert, in deren Verlauf die Ausrüstungen oder Maschinen wegen des aufgedeckten Mangels nicht benutzt wurden.

XI. Versandinstruktionen und Lieferbenachrichtigungen

§ 28

Die Beförderungsart wird zwischen den Partnern vereinbart.

Wenn im Vertrag keine anderen Fristen festgelegt sind, so ist der Käufer verpflichtet, dem Verkäufer die Versandinstruktionen nicht später als 30 Tage vor Beginn der im Vertrag festgelegten Lieferfrist mitzuteilen.

§ 29

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart wurde, so hat der Käufer das Recht, den Leitweg für die Beförderungen mit der Eisenbahn zu bestimmen.

Wenn keine anderen Angaben im Vertrag vorgesehen sind, so müssen die Versandinstruktionen bei Beförderungen mit der Eisenbahn folgendes enthalten: Tarifiedklaration, Grenzübergangspunkt der Ware im Verkäuferland, Frachtempfänger sowie die Bestimmungsstation, wobei der Käufer verpflichtet ist, den Punkt des Übergangs der Ware im Verkäuferland nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der kürzesten Entfernung zwischen der Versandstation und der Bestimmungsstation festzulegen.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer alle Kosten zu erstatten, die dadurch entstanden sind, daß der Verkäufer die Versandinstruktionen nicht eingehalten hat.

50X1-HUM

Wenn der Verkäufer vom Käufer die Versandinstruktionen für die mit der Eisenbahn zu liefernde Ware nicht rechtzeitig erhält, so hat der Verkäufer das Recht, nach Ablauf der von den Partnern festgelegten Lieferfrist die Ware zur Einlagerung auf Kosten und Risiko des Käufers zu übergeben. In diesem Falle erstattet der Käufer dem Verkäufer auch die zusätzlichen Kosten, die mit der Beförderung der Ware zum Lager und vom Lager in die Waggons verbunden sind. Das Datum des Lagerscheins oder der Verwahrungsquittung über die Übernahme der Ware zur Einlagerung gilt als Datum der Lieferung der Ware. Jedoch wird der Verkäufer von der Verpflichtung zur Versendung der Ware an die Adresse des Käufers und die Bezahlung der Kosten für die Beförderung der Ware bis zur Grenze nicht entbunden.

§ 30

Bei Lieferungen unter den Bedingungen FOB ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer telegrafisch oder fernschriftlich innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Frist darüber zu benachrichtigen, daß die Ware zum Versand nach dem Hafen bereit liegt.

Der Käufer ist nach Erhalt dieser Benachrichtigung verpflichtet, innerhalb von 7 Tagen telegrafisch oder fernschriftlich dem Verkäufer die Anlieferungsfrist der Ware zum Verladehafen mitzuteilen, wobei diese Frist nicht weniger als 15 und nicht mehr als 30 Tage betragen darf, gerechnet vom Datum der Absendung der erwähnten Benachrichtigung an den Verkäufer.

Im Falle einer Verzögerung in der Bereitstellung der Tonnage trägt der Käufer die Kosten für die den Zeitraum von 21 Tagen übersteigende Lagerung der Ware im Lager des Verladehafens, gerechnet vom Tage der Anlieferung der Ware im Verladehafen. Wenn jedoch die Ware vom Verkäufer vor dem zwischen den Partnern vereinbarten Termin in den Hafen angeliefert wird, so gehen die Lagerungskosten erst nach Ablauf von 21 Tagen, gerechnet vom dem für die Anlieferung vereinbarten Termin, zu Lasten des Käufers.

Nach Ablauf der oben angegebenen 21 Tage ist der Verkäufer berechtigt, die Ware zum Lagerung auf Kosten und Risiko des Käufers zu übergeben, wovon letzterer sofort in Kenntnis gesetzt werden muß. In diesem Falle erstattet der Käufer dem Verkäufer auch die zusätzlichen Kosten, die nach Ablauf von 21 Tagen im Zusammenhang mit dem Umladen der Ware ins Lager und aus dem Lager an Bord des Schiffes entstanden sind.

Mit der Lagerung der Ware im Hafen kann nur ein Lager oder eine Organisation beauftragt werden, die zur Ausstellung von Lagerbescheinigungen berechtigt ist (als Lagerbescheinigung wird auch das Dokument über die Lagerung der Ware im Lager des Hafens, das von der staatlichen Hafenverwaltung oder dem staatlichen Speditionsunternehmen ausgestellt wird, betrachtet).

Das Datum des Lagerscheins gilt als Lieferdatum, jedoch wird der Verkäufer nicht von den in § 6, Punkt 1 a) vorgesehenen Verpflichtungen entbunden.

§ 31

Falls laut Vertrag die Tonnage vom Verkäufer zu stellen ist, so ist der Käufer verpflichtet, dem Verkäufer 55 Tage vor Beginn der Lieferfrist den Bestimmungshafen für die Ware mitzuteilen. Der Verkäufer ist verpflichtet, 7 Tage vor dem Tag des Beginns der Verladung der Ware den Käufer telegrafisch oder fernschriftlich über die voraussichtliche Verladung zu benachrichtigen, wobei er den Namen des Schiffes, das Datum seiner vorgemerkten Abfahrt nach dem Bestimmungshafen, die Bezeichnung der Ladung, die Anzahl der Kolli und/oder das ungefähre Gewicht anzugeben hat.

§ 32

Die Benachrichtigung über die erfolgte Verladung der Ware erfolgt bei Beförderungen mit der Eisenbahn, mit Kraftfahrzeugen und auf dem Luftwege in der Art und zu den Fristen, wie das in den Verträgen vorgesehen ist. Falls im Vertrag nichts anderes vereinbart

ist, muß diese Benachrichtigung folgende Angaben enthalten: Datum der Verladung, Nummer des Vertrages, Bezeichnung der Ware, Menge und bei Beförderung mit der Eisenbahn Waggonnummer.

§ 33

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, so ist der Verkäufer oder sein Spediteur bei Beförderungen auf dem Wasserwege verpflichtet, sofort nach Auslaufen des Schiffes, aber nicht später als innerhalb von 2 Stunden vom Zeitpunkt des Abganges des Schiffes, wenn die Zeit der Beförderung der Ladung vom Verladehafen bis zum Bestimmungshafen 72 Stunden nicht übersteigt, oder nicht später als innerhalb von 24 Stunden vom Zeitpunkt des Auslaufens, wenn die Zeit der Beförderung 72 Stunden übersteigt, den Käufer telegrafisch oder fernschriftlich über die Verladung der Ware zu benachrichtigen.

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, soll eine solche Benachrichtigung folgende Angaben enthalten: Name des Schiffes, Datum seines Auslaufens, Bestimmungshafen, Bezeichnung der Ware, Nummer des Vertrages, Nummer des Konnossements bzw. des Flußladescheins, Anzahl der Kolli, Menge (Stück, Paar, Netto-Tonnen usw.), Bruttogewicht. Die genannte Benachrichtigung muß durch einen Brief bestätigt werden. Wenn im Löschhafen infolge einer nicht rechtzeitigen Benachrichtigung für das Schiff eine Überliegezeit entsteht, so trägt der Verkäufer die Kosten für diese Überliegezeit.

§ 34

Die Kosten für die Benachrichtigung des Käufers über die verladenen Waren trägt der Verkäufer.

XII. Zahlungsverfahren

§ 35

Gegen Vorlage der nachstehend aufgeführten Dokumente durch den Verkäufer werden die Zahlungen für die gelieferten Waren von der Bank des Verkäuferlandes sofort vorgenommen.

- a) Faktura in höchstens drei Exemplaren, folgende Angaben enthaltend:
- Jahr und Bezeichnung des Abkommens,
 - Nummer des Vertrages und/oder Auftrages des Käufers,
 - Warenposition im Abkommen
 - und andere im Vertrag vorgesehene Angaben.

Im Falle einer Warenlieferung vor Abschluß eines Abkommens wird in der Faktura anstelle des Jahres und der Bezeichnung des Abkommens sowie der Abkommensposition der Ware nur das Jahr angegeben, auf dessen Kontingente die Abrechnung der Lieferung erfolgt.

- b) Transportdokument je nach der im Vertrag vereinbarten Beförderungsart oder Lagerbescheinigung oder Verwahrungsquittung in den in den §§ 29 und 30 vorgesehenen Fällen oder Übergabe-/Übernahmeakt oder bei Versand in Sammelwaggons die Spediteuryersandbescheinigung unter Angabe der Nummer des Waggons, des Eisenbahnfrachtbriefes und des Versanddatums oder, falls im Vertrag vereinbart, die Spediteur-Übernahmebescheinigung, aus der zu ersehen ist, daß die Ware zum unwideruflichen Versand übernommen wurde.

- c) Andere im Vertrag vereinbarte Dokumente.

Falls im Vertrag vorgesehen, können in die Faktura außer den Warenkosten die Fracht-, Versicherungs- und anderen Kosten einbezogen werden, die über das für die Verrechnung des Warenverkehrs eingerichtete Clearingkonto zu verrechnen sind.

Eines der 3 Exemplare der Faktura oder nach Vereinbarung des Verkäufers mit dem Käufer eine Kopie der Faktura ist vom Verkäufer dem Handelsrat bei der Botschaft (Handelsvertretung) des Käuferlandes im Verkäuferland entweder über die Bank oder direkt zu übergeben.

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

§ 36

Der Verkäufer trägt die volle Verantwortung dafür, daß die von ihm der Bank vorgelegten Dokumente und die darin enthaltenen Angaben den Bedingungen des Vertrages entsprechen.

Die Bank des Verkäuferlandes prüft, ob die gemäß § 35 vorgelegten Dokumente inhaltlich zusammenhängen und ziffernmäßig miteinander übereinstimmen.

Mit Vornahme der Zahlung belastet die Bank des Verkäuferlandes mit der gleichen Summe gleichzeitig das Konto der Bank des Käuferlandes, leitet ihr unverzüglich die Dokumente zu und benachrichtigt sie über die vorgenommene Zahlung. Nach Eingang dieser Mitteilung und der Dokumente erkennt die Bank des Käuferlandes ihrerseits das Konto der Bank des Verkäuferlandes mit der entsprechenden Summe und belastet das Konto des Käufers. Gleichzeitig händigt sie diesem die Dokumente aus.

§ 37

Wenn der Käufer sein Einverständnis zu einer vorfristigen Lieferung gegeben und sich gleichzeitig nichts Gegenteiliges vorbehalten hat, so gilt sein Einverständnis zur vorfristigen Lieferung auch als Einverständnis zur vorfristigen Bezahlung.

§ 38

Der Käufer ist berechtigt, im Laufe von 14 Arbeitstagen, gerechnet vom Tage des Eingangs der Faktura des Verkäufers bei der Bank seines Landes, die Rückerstattung der gesamten oder eines Teiles der gezahlten Summe zu fordern, und zwar

1. die Rückerstattung des gesamten Rechnungsbetrages, wenn

- die Ware nicht bestellt war oder nach im Einverständnis mit dem Verkäufer erfolgter Annullierung des Vertrages verladen wurde;
- die Ware bereits vom Käufer bezahlt wurde;
- nicht alle Arten der im § 35 Punkt a), b) und c) angegebenen Dokumente vorgelegt wurden;
- die verladene Ausrüstung unvollständig ist und im Vertrag Zahlungen für vollständige Sendungen vorgesehen sind;
- der Verkäufer die Ware ohne Zustimmung des Käufers vor der im Vertrag festgesetzten Frist verladen hat oder wenn er vor Beginn der Lieferfrist die Zahlung für eine Ware erhalten hat, bezüglich welcher der Käufer zwar sein Einverständnis zur vorfristigen Verladung, jedoch nicht zur vorfristigen Bezahlung gegeben hat;
- der Verkäufer die Ware verladen hat, nachdem er vom Käufer die Mitteilung über dessen Rücktritt vom Vertrag gemäß §§ 46 und 61 erhalten hat;
- die der Faktura beigefügten Dokumente Unstimmigkeiten enthalten, die es nicht ermöglichen, die Menge und/oder Sorte und/oder Güte und/oder den Preis der Ware festzustellen;
- in der Faktura die Einzelpreise nicht enthalten sind oder die Preisspezifikation nicht beigefügt ist, die im Vertrag vorgesehen sind;
- andere Umstände vorliegen, bezüglich welcher im Vertrag ein solches Recht vorgesehen ist.

2. die teilweise Rückerstattung des Rechnungsbetrages, wenn

- in der Faktura die im Vertrag vorgesehenen Preise überschritten wurden oder wenn in der Faktura Kosten enthalten sind, deren Bezahlung im Vertrage nicht vorgesehen ist;
- neben der bestellten Ware auch unbestellte Ware versandt wurde;
- der Käufer die Annahme eines Teils der Ware verweigert, weil vom Verkäufer das im Vertrag vorgesehene Sortiment nicht eingehalten wurde;
- die versandte Warenmenge die bestellte Menge übersteigt, wobei die Menge der versandten Ware

über die bestellte Menge hinaus die im Vertrag festgelegten Toleranzen überschreitet.

- die in der Faktura angegebene Warenmenge die Menge übersteigt, die in den Transportdokumenten und/oder in den Spezifikationen ausgewiesen ist;
- in der Faktura oder in den ihr beigefügten Dokumenten ein Rechenfehler zugunsten des Verkäufers festgestellt worden ist;
- andere Umstände vorliegen, bezüglich welcher ein solches Recht im Vertrag vorgesehen ist.

§ 39

Bei Vorbringen einer Forderung auf Rückerstattung des vollen oder eines Teilbetrages der auf Grund der Faktura des Verkäufers bezahlten Summe ist der Käufer verpflichtet, der Bank seines Landes eine begründete und verbindliche Erklärung mit einer Kopie dieser Erklärung zur Übersendung an den Verkäufer vorzulegen.

Auf Verlangen der Bank ist der Käufer verpflichtet, dieser die erforderlichen Dokumente zum Beweis dessen vorzulegen, daß die Gründe der Forderung auf Rückerstattung der bezahlten Summe den in § 38 angegebenen Bedingungen entsprechen.

In den Fällen, die im § 38, Punkt 1 „a“, „c“ und „f“ und im Punkt 2 „b“, „e“ und „d“ erwähnt sind, hat der Käufer in seiner Erklärung, die die Forderung auf Rückerstattung der gezahlten Summe enthält, gleichzeitig zu bestätigen, daß er die nicht angenommene Ware zur Verfügung des Verkäufers auf dessen Kosten und Risiko hält.

Wenn die Bank des Käuferlandes feststellt, daß die Forderung auf völlige oder teilweise Rückerstattung der gezahlten Summe den im § 38 vorgesehenen Bedingungen entspricht, so wird die Summe mit der das Konto des Käufers belastet wurde, sofort von der Bank des Käuferlandes auf diesem Konto wieder gutgeschrieben und gleichzeitig wird das Clearingkonto der Bank des Verkäuferlandes mit diesem Betrag belastet. Gleichzeitig wird mit der Belastungsanzeige an die Bank des Verkäuferlandes die Kopie der Erklärung des Käufers übermittelt.

Bei in Übereinstimmung mit § 38 Punkt 1 „a“, „c“ und „f“ erfolgter Rückerstattung der vollen vom Konto bezahlten Summe ist der Käufer verpflichtet, die erhaltenen Dokumente über die entsprechende Warenpartie an den Verkäufer auf dessen erste Aufforderung zurückzugeben.

Wenn dem Käufer die Summe, mit der sein Konto belastet wurde, aus dem Grunde zurückerstattet wird, daß er zwar einer vorfristigen Lieferung zugestimmt, jedoch den Verkäufer von seiner Ablehnung einer vorfristigen Bezahlung unterrichtet hat, so wird in diesem Falle die Bezahlung auf Verlangen des Verkäufers zu den im Vertrag vorgesehenen Fristen im Sofortzahlungsverfahren gegen Vorlage der Faktura und der ihr beigefügten Kopie der Erklärung des Käufers über die Rückerstattung der für die betreffende Warenpartie gezahlten Summe durchgeführt.

Nachdem die Summe dem Konto des Käufers wieder gutgebracht wurde, werden alle Streitigkeiten zwischen dem Verkäufer und Käufer von diesen direkt geregelt.

Wenn der Käufer anerkennt oder das Schiedsgericht feststellt, daß dem Käufer auf Grund seiner Forderung die gezahlte Summe unbegründet zurückerstattet wurde, dann muß der Käufer – außer der Rückzahlung der genannten Summe – eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,1% von dieser Summe für jeden Tag der Verzögerung, gerechnet vom Tage der Rückzahlung der Summe bis zum Tage der endgültigen Zahlung, jedoch nicht mehr als 5% der unbegründet zurückerstatteten Summe, zahlen.

§ 40

Die Bezahlung der Dienstleistungen und anderer Kosten, die mit den gegenseitigen Warenlieferungen verbunden sind, darunter Kosten für die Montage, Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten und Transport-

CONFIDENTIAL

7
50X1-HUM

nicht einbezogen wurden, erfolgt als Sofortbezahlung auf Grund der vom Gläubiger bei der Bank seines Landes vorgelegten Faktura und anderer Dokumente, die zwischen den Partnern vereinbart wurden.

§ 41

Der Gläubiger trägt die volle Verantwortung dafür, daß die von ihm der Bank vorgelegten Dokumente und die darin enthaltenen Angaben oder die Vorlage der Faktura ohne Dokumente den Vereinbarungen mit dem Schuldner entsprechen.

§ 42

Der Schuldner hat das Recht, im Laufe von 24 Arbeitstagen, gerechnet vom Tage des Eingangs der Faktura des Gläubigers bei der Bank seines Landes, die Rückerstattung der gesamten oder eines Teiles der gezahlten Summe zu fordern, und zwar

1. die Rückerstattung des vollen Fakturabetrages, wenn
 - a) für die Dienstleistungen kein Auftrag vorhanden ist oder ein solcher vor Ausführung der Dienstleistungen annulliert wurde;
 - b) diese Dienstleistungen bereits bezahlt worden sind;
 - c) nicht alle Arten von Dokumenten, die zwischen den Partnern vereinbart wurden, vorgelegt werden oder aus den vorgelegten Dokumenten nicht bestimmt werden kann, welche Dienstleistungen ausgeführt wurden;
 - d) andere Umstände vorliegen, bezüglich welcher nach Vereinbarung der Partner ein solches Recht vorgesehen ist;
2. die Rückerstattung eines Teiles der Summe, wenn
 - a) in der Faktura oder in den ihr beigefügten Dokumenten ein Rechenfehler zugunsten des Gläubigers enthalten ist;
 - b) in der Faktura höhere Tarife und/oder Sätze, als zwischen den Partnern vereinbart wurden, angewandt worden sind;
 - c) die Valutakurse unrichtig angewandt wurden;
 - d) in der Faktura Leistungen, Gebühren, Provisionen und Zuschläge enthalten sind, die nicht zwischen den Partnern vereinbart wurden;
 - e) die Faktursumme auf der Grundlage unrichtiger Angaben über Menge, Gewicht und Maße der Ware errechnet wurde;
 - f) in der Faktura neben den Kosten für erfüllte Dienstleistungen auch die Kosten für nichterfüllte und/oder teilweise erfüllte Dienstleistungen enthalten sind.

Im Falle der Rückerstattung des bezahlten Betrages an den Schuldner wird die Rückgabe der Dokumente nach Vereinbarung der Partner durchgeführt.

§ 43

Auf die in § 40 vorgesehenen Verrechnungen von Dienstleistungen und anderen Kosten werden neben den Bestimmungen der §§ 40, 41 und 42 auch die Bestimmungen der §§ 36 und 39 entsprechend angewandt.

§ 44

Zahlungen, die sich aus Ansprüchen bezüglich der Menge, Güte, Konventionalstrafen und aus anderen Gründen ergeben, werden durchgeführt:

- a) durch direkte Überweisung der anerkannten Summe vom Schuldner an den Gläubiger, oder
- b) durch Bezahlung der vom Schuldner anerkannten Summe durch die Bank des Gläubigerlandes im Sofortbezahlungsverfahren auf der Grundlage der Kreditnote des Schuldners.

§ 45

Wenn ein im Vertrag infolge besonderer Lieferbedingungen vorgesehenes Akkreditiv vom Käufer nicht innerhalb der im Vertrag festgelegten Frist eröffnet wird, so ist dieser verpflichtet, dem Verkäufer eine

Konventionalstrafe in Höhe von 0,05 % für jeden Tag der Verspätung gegenüber der im Vertrag festgelegten Frist bis zum Tage der Eröffnung des Akkreditivs, aber nicht mehr als 5 % von der Summe des Akkreditivs, zu bezahlen.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer eine Nachfrist für die Eröffnung des Akkreditivs zu gewähren, ohne dabei das Recht auf die Berechnung der Konventionalstrafe zu verlieren.

Wenn der Käufer das Akkreditiv auch in der Nachfrist nicht eröffnet, so erlangt der Verkäufer das Recht, den Vertrag zu annullieren. In diesem Falle kann er nach seinem Ermessen vom Käufer entweder die oben vorgesehene Konventionalstrafe, oder eine einmalige Konventionalstrafe in Höhe von 3 % von der Summe des Akkreditivs, wenn eine andere Höhe im Vertrag nicht festgelegt wurde, fordern.

Falls der Käufer die fristgemäße Eröffnung des Akkreditivs versäumt, hat der Verkäufer das Recht, die Verladung der Ware auszusetzen.

Falls die Ware durch den Verkäufer vor der Eröffnung des Akkreditivs, wenn auch mit Verspätung gegenüber den vereinbarten Fristen, verladen wurde, übernimmt die Bank des Verkäuferlandes die Dokumente zur Bezahlung auf dem üblichen Inkassowege.

XIII. Umstände, die von der Verantwortlichkeit befreien

§ 46

1. Die Partner werden von der Verantwortlichkeit für eine teilweise oder völlige Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen befreit, wenn die Nichterfüllung eine Folge von Umständen höherer Gewalt war. Unter Umständen höherer Gewalt werden solche Umstände verstanden, die nach Vertragsabschluß im Ergebnis unvorhergesehener und durch den Partner unabwendbarer Ereignisse außerordentlichen Charakters entstanden sind.
2. Bei Eintreten anderer Umstände werden die Vertragspartner von der Verantwortlichkeit befreit, wenn dies aus einer bilateralen Vereinbarung oder aus dem Verträge oder aus dem Recht des Verkäuferlandes hervorgeht, das auf den betreffenden Vertrag angewandt wird.
3. In den in den Punkten 1 und 2 dieses Paragraphen vorgesehenen Fällen wird die Frist der Erfüllung des Vertrages entsprechend dem Zeitraum verlängert, im Laufe dessen solche Umstände und ihre Folgen andauern.

Wenn diese Umstände bei Waren, deren Lieferfristen ein Jahr vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht übersteigen, länger als 5 Monate oder bei Waren, deren Lieferfristen mehr als 12 Monate vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses betragen, länger als 8 Monate andauern, so wird jeder Partner das Recht haben, von der weiteren Erfüllung des Vertrages zurückzutreten. In diesem Falle ist jedoch keiner der Partner berechtigt, von dem anderen Partner den Ersatz des etwaigen Schadens zu fordern.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen hinsichtlich der Verlängerung der Fristen für die Erfüllung der Verträge betreffen nicht Fixgeschäfte, d. h. solche Verträge, aus denen durch einen direkten Hinweis oder aus deren Inhalt hervorgeht, daß sie bei der Verletzung der Lieferfristen automatisch annulliert werden oder daß der Käufer berechtigt ist, von ihrer Erfüllung sofort zurückzutreten.

Der Partner, für den die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen unmöglich geworden ist, muß beim Eintreten und beim Aufhören der oben erwähnten Umstände sofort den anderen Partner schriftlich benachrichtigen.

XIV. Mängelansprüche

§ 47

Mängelansprüche können erhoben werden:

- a) bezüglich der Güte der Ware (einschließlich der Nichteinhaltung der Komplettierung oder des Sorti-

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

ments) - im Falle ihrer Nichtübereinstimmung mit den Vertragsbedingungen,

- b) bezüglich der Warenmenge, wenn nicht aus der Sachlage die Verantwortlichkeit der Transportorganisation ersichtlich ist.

Der Verkäufer trägt die Verantwortung für die Veränderung der Güte der Ware, für ihre Beschädigung, ihren Verderb oder eine Fehlmengende auch nach dem Übergang des Eigentumsrechts und des Risikos auf den Käufer, wenn die Veränderung der Güte der Ware, ihre Beschädigung, ihr Verderb oder die Fehlmengende durch die Schuld des Verkäufers entstanden ist.

§ 48

Mängelansprüche können erhoben werden:

- a) bezüglich der Güte der Ware - innerhalb von sechs Monaten, gerechnet ab Lieferdatum;
b) bezüglich der Warenmenge innerhalb von drei Monaten, gerechnet ab Lieferdatum;
c) bezüglich der Waren, für welche eine Garantie gewährt wurde - nicht später als 30 Tage nach Ablauf der Garantiefrist, falls der Mangel innerhalb der Garantiefrist festgestellt wurde.

Wenn die Mängelansprüche nicht innerhalb der oben erwähnten Fristen erhoben werden, verliert der Käufer das Recht, das Schiedsgericht anzurufen.

§ 49

Falls aus der Sachlage nicht hervorgeht, wer die Verantwortung für Mängel bezüglich der Menge oder der Güte der Ware zu tragen hat (Transportorganisation oder Frachtabsender) oder ein mitwirkendes Verschulden möglich ist und ein Mängelanspruch bei der Transportorganisation vorgebracht wird, so muß der Käufer, um nicht die Frist für das Vorbringen des Mängelanspruches beim Verkäufer zu versäumen, innerhalb der Fristen für das Vorbringen der Mängelansprüche dem Verkäufer mitteilen, daß er bei der Transportorganisation einen Mängelanspruch erhoben hat.

Wenn aus den Erklärungen der Transportorganisation oder dem Beschluß des Gerichtes hervorgeht, daß die Verantwortung für den angezeigten Mangel der Frachtabsender zu tragen hat, so ist der Käufer verpflichtet, unverzüglich nach Erhalt der Ablehnung von der Transportorganisation oder des Beschlusses des Gerichtes, dem Verkäufer die Dokumente zu übersenden, welche den Mängelanspruch bestätigen. Den Dokumenten ist eine Kopie des Briefes der Transportorganisation oder des Beschlusses des Gerichtes beizufügen.

§ 50

In der Mängelanzeige müssen die Menge und Art der zu beanstandenden Ware, Inhalt und Begründung des Mängelanspruches sowie die konkreten Ansprüche des Käufers angegeben werden.

§ 51

Beim Vorbringen eines Anspruches bezüglich der Menge hat der Käufer das Recht, entweder die Nachlieferung der Fehlmengende oder die Rückerstattung des von ihm für die Fehlmengende gezahlten Betrages zu verlangen.

Bei Geltendmachung eines Anspruches bezüglich der Güte ist der Käufer berechtigt, entweder Beseitigung der aufgedeckten Mängel oder Minderung zu verlangen.

Wenn der Käufer eine Beseitigung der Mängel verlangt, muß der Verkäufer auf eigene Kosten entweder den Mangel beheben oder die mangelhafte Ware ersetzen.

In den im vorhergehenden Absatz genannten Fällen ist der Käufer berechtigt, vom Verkäufer die Zahlung einer Konventionalstrafe wie für Lieferverzug in der in § 59 vorgesehenen Höhe zu fordern, gerechnet vom Tage der Geltendmachung des Anspruches bis zum Tage der Beseitigung des Mangels oder bis zum Tage der Ersatzlieferung der Ware anstelle der mangelhaften. Jedoch darf die Gesamthöhe der Konventional-

strafe für eine Warenpartie oder Wareneinheit 80% vom Wert der mangelhaften Ware oder des mangelhaften Teils der Ware, der auszubessern oder zu ersetzen ist, einschließlich der Konventionalstrafe für den Lieferverzug, wenn Verzug eingetreten war und die Konventionalstrafe hierfür schon berechnet wurde, nicht übersteigen.

§ 52

Der Verkäufer ist verpflichtet, den Mängelanspruch unverzüglich, jedoch nicht später als innerhalb von 45 Tagen, gerechnet vom Tage des Erhalts der Mängelanzeige, zu prüfen und dem Käufer eine Antwort zur Sache selbst oder über den Gang der Prüfung des Mängelanspruches dem Käufer zu geben.

Falls der Verkäufer im Laufe von 45 Tagen, gerechnet vom Tage ihres Erhalts, keine Antwort auf die Mängelanzeige des Käufers gibt, ist der Käufer berechtigt, das Schiedsgericht anzurufen. In diesem Falle werden die Schiedsgerichtsgebühren unabhängig vom Ausgang des Verfahrens dem Verkäufer auferlegt.

§ 53

Bei Fixgeschäften muß der Verkäufer innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Lieferfrist den Mangel beseitigen oder die mangelhafte Ware ersetzen; andernfalls ist der Käufer berechtigt, sofort nach Ablauf der Lieferfrist vom Vertrage zurückzutreten und vom Verkäufer eine einmalige Konventionalstrafe wie bei Lieferverzug sowie die Rückerstattung der gezahlten Beträge zu fordern.

§ 54

Der Käufer ist nicht berechtigt, ohne Einverständnis des Verkäufers eine Ware, bezüglich derer er einen Anspruch wegen der Güte geltend gemacht hat, diesem zurückzusenden.

Die obengenannte Bestimmung gilt nicht für Fälle, in denen der Verkäufer entgegen der Forderung des Käufers auf Einstellung der Verladung der Ware bei wiederholten mangelhaften Teillieferungen die Verladung fortsetzt (§ 56).

§ 55

Die ersetzten mangelhaften Gegenstände oder Teile sind dem Verkäufer auf sein Verlangen nicht später als 6 Monate nach ihrem Ersatz zurückzugeben.

Alle Transportkosten und andere Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Rückgabe und/oder dem Ersatz der mangelhaften Gegenstände im Käufer-, Transit- oder Verkäuferlande entstehen, trägt der Verkäufer.

§ 56

Die Reklamation einer Teillieferung gibt dem Käufer nicht das Recht, die Annahme der im Vertrag vorgesehenen weiteren Teillieferungen zu verweigern.

Bei wiederholten mangelhaften Teillieferungen ist der Käufer berechtigt, die Einstellung der weiteren Warenlieferungen bis zu dem Zeitpunkt zu fordern, zu dem der Verkäufer die die Mängel hervorrufenden Umstände beseitigt hat.

In diesem Falle ist der Käufer berechtigt, vom Verkäufer die Bezahlung einer Konventionalstrafe wie für Lieferverzug zu fordern, und zwar in der im § 59 vorgesehenen Höhe, gerechnet vom Tage, an dem die Ware laut Vertrag geliefert werden sollte, bis zum Tage der Wiederaufnahme der Lieferungen einwandfreier Ware durch den Verkäufer.

§ 57

Wenn der Verkäufer bezüglich einer Ware, für die im Vertrag keine Garantie vorgesehen ist, die Mängel, für die er verantwortlich ist, nicht beseitigt, so hat der Käufer das Recht, die Mängel selbst zu beseitigen und die tatsächlichen normalen Kosten dem Verkäufer aufzuerlegen.

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

§ 58

Wenn die endgültige Güte-Abnahme der Ware laut Vertrag im Verkäuferland erfolgt, so können Mängelansprüche bezüglich der Güte, wenn nichts anderes im Vertrag vereinbart ist, nur bezüglich verdeckter Mängel (die bei der üblichen Kontrolle der Ware nicht festgestellt werden konnten) erhoben werden.

XV. Sanktionen

§ 59

Bei Lieferverzug gegenüber den im Vertrag festgelegten Fristen zahlt der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe, die vom Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware berechnet wird. Die Konventionalstrafe wird von dem in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag festgelegten Zeitpunkt an in folgender Höhe berechnet:

Im Laufe der ersten 30 Tage 0,05 % für jeden Tag; im Laufe der nächsten 30 Tage 0,08 % für jeden Tag und im weiteren 0,12 % für jeden Tag, jedoch darf die Gesamthöhe der Konventionalstrafe für den Lieferverzug 8 % vom Wert der Ware, deren Lieferung verzögert wurde, nicht übersteigen.

§ 60

Wenn der Verkäufer eine technische Dokumentation, ohne welche die Maschine oder Ausrüstung nicht in Betrieb gesetzt werden kann, verspätet übergibt, so hat er eine Konventionalstrafe zu zahlen, die vom Wert der Maschine oder Ausrüstung berechnet wird, auf die sich die technische Dokumentation bezieht, und zwar in der Art und in der Höhe, wie das im § 59 festgelegt ist.

§ 61

Wenn im Vertrag eine andere Frist nicht festgelegt ist, so hat der Käufer im Falle eines Lieferverzuges über 4 Monate (bei großen Ausrüstungen, die nicht serienmäßig gefertigt werden — über 6 Monate) gegenüber dem im Vertrag festgelegten Lieferfrist das Recht, von der Erfüllung des Vertrages bezüglich des versäumten Teiles und des bereits gelieferten Teiles, sofern letzteres ohne den nicht gelieferten Teil nicht benutzt werden kann, zurückzutreten.

Für komplette Werke und Anlagen werden die Fristen für den Rücktritt vom Vertrage in jedem einzelnen Falle zwischen den Partnern vereinbart.

Im Falle des Rücktritts vom Vertrage ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die von letzterem vorgenommenen Zahlungen mit 4 % Jahreszinsen zurückzuerstatten.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen erstrecken sich nicht auf Fixgeschäfte.

§ 62

Bei Verletzung des Liefertermins in Fixgeschäften hat der Verkäufer dem Käufer, wenn letzterer vom Vertrag zurücktritt, eine einmalige Konventionalstrafe, deren Höhe in einer bilateralen Vereinbarung oder im Vertrag festgelegt ist, zu zahlen.

Falls der Käufer trotz des Verzuges sein Einverständnis zur Annahme der Ware aus solchen Verträgen gibt, ist die einmalige Konventionalstrafe nicht zu erheben, sondern der Verkäufer hat dem Käufer eine Konventionalstrafe für jeden Tag, gerechnet vom 1. Tage des Verzuges, in der Höhe, wie das im § 59 festgelegt ist, zu zahlen.

§ 63

Für die vom Verkäufer nicht oder nicht rechtzeitig vorgenommene Benachrichtigung des Käufers über die erfolgte Verladung der Ware hat der Verkäufer dem Käufer eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,1 % vom Wert der verladenen Ware, jedoch nicht weniger als 50 Rubel und nicht mehr als 500 Rubel für jede Sendung, zu zahlen.

CONFIDENTIAL

§ 64

Ansprüche auf Zahlung von Konventionalstrafen dürfen nicht später als 3 Monate, gerechnet vom letzten Tage der Berechnung der Konventionalstrafe, geltend gemacht werden.

Durch die Nichtgeltendmachung des Anspruches innerhalb der obengenannten Frist verliert der Käufer das Recht, sich an das Schiedsgericht zu wenden.

XVI. Schiedsgericht

§ 65

Alle Streitigkeiten, die aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehen, unterliegen unter Ausschluß der allgemeinen Gerichtsbarkeit einem Schiedsgerichtsverfahren. Das Verfahren findet bei dem Schiedsgericht statt, das für solche Streitfälle im Lande des Beklagten besteht oder nach Vereinbarung der Partner bei einem Schiedsgericht in einem dritten Teilnehmerlande des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Widerklagen müssen bei dem Schiedsgericht verhandelt werden, wo die Hauptklage anhängig ist.

Die Streitigkeiten werden nach den Verfahrensregeln des Schiedsgerichts, wo das Verfahren durchgeführt wird, verhandelt.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig und für beide Partner verbindlich.

XVII. Sonstige Bedingungen

§ 66

Wenn die Eisenbahn einen Waggon mit höherem Ladegewicht stellt, als vom Verkäufer angefordert, oder wenn sich die Eisenbahn weigert, den Waggon wegen Achsdruckbeschränkung auf einer bestimmten Strecke nicht mit dem Gewicht zu beladen, das im Tarif für dieses Gut vorgeschrieben oder vorgesehen ist, so ist der Verkäufer verpflichtet, eine amtliche Bestätigung durch seine Eisenbahn im Frachtbrief zu fordern.

Diese Bedingung erstreckt sich auch auf die Fälle, in denen die Waggon vom Käufer gestellt werden.

§ 67

Falls der Waggon durch Verschulden des Verkäufers nicht in Übereinstimmung mit den Normen des Einheitlichen Transittarifes (ETT) beladen wurde, trägt der Verkäufer die Kosten der dadurch entstandenen Leerfrachten auf den Transitbahnen.

§ 68

Im Falle der Lieferung von Gütern, die nicht den Gabarit-Normen der Eisenbahn des Käufers entsprechen, ist der Verkäufer verpflichtet, spätestens 2 Monate vor dem Liefertermin den Käufer darüber durch einen eingeschriebenen Brief in Kenntnis zu setzen, wobei er die Gabaritzzeichnungen der Ware unter Angabe ihrer Ausmaße und ihres Gewichtes beizulegen hat. Das Abgangsdatum und die Durchgangs-Grenzstation sind von den Partnern zu vereinbaren, wobei das Verladdatum vom Verkäufer spätestens 21 Tage vor dem Versand der Ware bestätigt werden muß.

§ 69

Der Verkäufer ist nicht verpflichtet, die zur Lieferung gelangende Ware zu versichern, wenn dies nicht direkt im Vertrag vorgesehen ist.

§ 70

Alle Ansprüche müssen durch eingeschriebenen Brief unter Beifügung aller Beweisunterlagen geltend gemacht werden.

Als Datum der Geltendmachung des Mängelanspruches gilt das Datum des Stempels des Postamtes des Käuferlandes über die Einlieferung des Einschreibebriefes.

50X1-HUM

§ 71*)

Die Partner werden gegeneinander keine Ansprüche vorbringen, die 50 Rubel nicht überschreiten, mit Ausnahme von Ansprüchen, die im Zusammenhang mit festgestellten Rechenfehlern entstehen.

§ 72

Keiner der Vertragspartner hat das Recht, seine Rechte und Pflichten aus dem Vertrag ohne schriftliches Einverständnis des anderen Vertragspartners einem Dritten zu übertragen.

*) Anmerkung: Auslegung des § 71

Zwischen den Rechtsabteilungen des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR und des Ministeriums für Außenhandel der CSF wurde folgende verbindliche Auslegung des § 71 der „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ erzielt:

1. § 71 bezieht sich auf alle Ansprüche, die sich

a) aus einem Vertrag ergeben, dem die „Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zugrunde liegen.

b) aus den „Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ direkt ergeben.

c) aus dem nach § 74 der „Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ evtl. anzuwendenden materiellen Recht des Verkäuferlandes ergeben.

§ 73

Alle Kosten, Steuern, Zölle und Gebühren, die mit der Vertragserfüllung verbunden sind, werden, sofern sie auf dem Territorium des Verkäuferlandes anfallen, vom Verkäufer und, sofern sie auf dem Territorium des Käufer- und Transitlandes anfallen, vom Käufer getragen.

§ 74

Auf die Beziehungen der Partner bei den Warenlieferungen findet bezüglich solcher Fragen, die in den Verträgen oder in diesen Allgemeinen Lieferbedingungen nicht oder nicht erschöpfend geregelt sind, das materielle Recht des Verkäuferlandes Anwendung.

2. Es handelt sich bei den im § 71 genannten Ansprüchen nur um Geldansprüche und nicht um Ansprüche, die auf eine Sachleistung gerichtet sind (z. B. Ansprüche auf Ersatzlieferung).

3. Unter den im § 71 genannten Ansprüchen werden Ansprüche aus jeweils einem bestimmten Rechtsgrund verstanden. Das bedeutet, daß mehrere Ansprüche aus verschiedenen Rechtsgründen (z. B. wegen Lieferverzuges und wegen der nicht vollständigen Auslastung von Waggons) aus einem Vertrag, die jeder für sich unter 50 Rubel liegen, nicht geltend gemacht werden können, auch wenn ihre Gesamtsumme 50 Rubel übersteigt.

4. Bei Verträgen, in denen Teillieferungen vereinbart sind, ist die Höhe des Anspruchs aus dem Gesamtvertrag maßgebend und nicht die Höhe des Anspruchs aus einer Teillieferung, d. h. also, eine Summierung mehrerer Ansprüche aus dem gleichen Rechtsgrund innerhalb eines Vertrages mit vereinbarten Teillieferungen ist möglich.

5. Unberührt von der im Punkt 1 bis 4 festgelegten Regelung bleiben die im § 68 genannten Ansprüche.

II. Die vorstehenden „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ wurden auf bilateraler Grundlage durch folgende Protokolle ergänzt:

DDR/VR Albanien:

„Protokoll

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958).

Zur Erleichterung des Abschlusses und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Volksrepublik Albanien haben das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Handel der Volksrepublik Albanien folgende Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958), die am 13. Dezember 1957 in Moskau durch die Ständige Kommission für Außenhandel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beschlossen worden sind, vereinbart:

1. Zu Abschnitt III, § 9

Vor § 9 wird als § 9 a folgende Formulierung eingefügt:

„Die Lieferfristen werden in den Verträgen nach Monaten festgelegt, mit Ausnahme komplizierter Maschinen und/oder Ausrüstungen, deren Lieferfristen nach Quartalen festgelegt werden.

Der Käufer ist nicht verpflichtet, Teillieferungen oder vorzeitige Lieferungen anzunehmen, wenn dies nicht im Vertrag vereinbart wurde. Die Durchführung von Teillieferungen in einem zum Wert der

kontrahierten Ware prozentualen Verhältnis ist ohne besondere Vereinbarung nicht zulässig.“

Der bisherige § 9 wird „§ 9 b“.

2. Zu Abschnitt XI

Als § 29, Absatz 5, wird folgende Formulierung angefügt:

„Nach Ablauf der Lieferfrist hat der Verkäufer das Recht, beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers zu versenden, wenn er infolge des spezifischen Charakters der Ware oder aus dem Mangel an Lagerräumen nicht die Möglichkeit hat, die Ware einzulagern.

Die Absendung der Ware darf jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und 5 Tage, gerechnet vom Tag der Mahnung, abgewartet hat.“

3. Zu Abschnitt XV

§ 59, Absatz 1, Satz 2, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Die Konventionalstrafe wird vom 1. Tag des Lieferverzuges an in folgender Höhe berechnet.“

4. § 62, Absatz 1, wird durch folgende Neufassung ersetzt:

„Bei Verletzung des Liefertermins in Fixgeschäften hat der Verkäufer dem Käufer, wenn letzterer vom Vertrag zurücktritt, eine einmalige Konventionalstrafe, deren Höhe 5 %, gerechnet vom Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware, beträgt, zu zahlen.“

CONFIDENTIAL

5. Nach § 64 wird ein neuer § 64a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Der Käufer hat nicht das Recht, neben den Ansprüchen auf Konventionalstrafe oder über die Konventionalstrafe hinaus irgendwelche anderen Ansprüche auf Schadenersatz geltend zu machen.“

6. „Bei Lieferungen auf dem Wasserwege muß die Ware von folgenden Dokumenten begleitet sein:

- 1 Originalkonnossement und 2 Kopien,
- 1 Kopie der Währungsfaktura,
- Spezifikation der verpackten Ware wie Kollnummer, Menge, Gewichtsangabe (brutto und netto)
- 3 Exemplare.

Sofern für die einzelne Ware ein Qualitäts- und Analysenzertifikat bzw. andere Dokumente benötigt werden, muß dies in den einzelnen Verträgen festgelegt werden.“

7. Die vorstehenden Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ finden Anwendung auf alle Verträge, die nach dem 1. Januar 1958 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Volksrepublik Albanien abgeschlossen worden sind und zu künftig abgeschlossen werden.

Im Jahresprotokoll 1959 wird eine endgültige Regelung über die weitere Anwendung der Lieferbasis

„cif“ für die Exporte der Deutschen Demokratischen Republik getroffen werden.

Sie ersetzen die in den bisher auf der Grundlage der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958 abgeschlossenen Verträgen enthaltenen entsprechenden Vereinbarungen.

Beide Partner sind sich darüber einig, daß unter der im Artikel 3 des „Protokolls zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Albanien über gegenseitige Warenlieferungen im Jahre 1958“ vom 24. Dezember 1957 festgelegten Formulierung nur die „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) verstanden werden.

8. Dieses Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Tirana am 31. 7. 1958 in je 2 Exemplaren, ein jedes in deutscher und albanischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik gez. Unterschrift	In Vollmacht des Ministeriums für Handel der Volksrepublik Albanien gez. Unterschrift
--	--

Briefwechsel zwischen den Vorsitzenden der Regierungsdelegationen

der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien vom 19. Dezember 1958

betr. den § 6 der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

„Der Vorsitzende
der Regierungsdelegation
der Deutschen Demokratischen
Republik

Berlin, 19. 12. 1958

Sehr geehrter Genosse Vorsitzender!

Im Zusammenhang mit der heute vollzogenen Unterzeichnung des „Protokolls zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Albanien über gegenseitige Warenlieferungen im Jahre 1959“ habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß zwischen unseren Delegationen über folgende Fragen Einverständnis erzielt wurde:

1. Die Lieferungen aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Volksrepublik Albanien erfolgen auf dem Wasserwege gemäß der im § 6 der Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe festgelegten Bedingungen auf der Lieferbasis fob.

2. Die Außenhandelsunternehmen der Volksrepublik Albanien werden mit dem VEB Deutfracht einen Vertrag abschließen, in welchem der VEB Deutfracht beauftragt wird, die Buchung des notwendigen Schiffsraumes im Linienverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien und den Abschluß einer Seeversicherung für diese Lieferungen vorzunehmen.

3. Sollte über den Linienverkehr hinaus die Notwendigkeit bestehen, zusätzlich Schiffe zu chartern, werden in erster Linie Schiffe sozialistischer Länder gechartert.

Die Charterung von Schiffen außerhalb des Linienverkehrs aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern kann der VEB Deutfracht für „Albimport“ nur dann vornehmen, wenn der VEB Deutfracht die Zustimmung zur Charterung dieser Schiffe von „Albimport“ erhalten hat. Für den Fall, daß Schiffe

kapitalistischer Länder gechartert werden müssen, werden die in freien Valuten anfallenden Frachtkosten vom VEB Deutfracht verauslagt.

4. Die Abfertigung der Schiffe mit Transporten aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Volksrepublik Albanien muß entsprechend den internationalen Gepflogenheiten, wie sie in der Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Albanien über die Errichtung einer Schifffahrtslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien vom 9. 9. 1958 festgelegt sind, erfolgen.

5. Alle Kosten für die Charterung der Schiffe sowie für die Versicherung von Waren, die aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Volksrepublik Albanien geliefert werden, stellt der VEB Deutfracht „Albimport“ nur über die bestehenden Clearingkonten in Rechnung.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Genosse Vorsitzender, mir den Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Genosse Vorsitzender, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Türpe

An den
Vorsitzenden der Regierungsdelegation
der Volksrepublik Albanien
Genossen K. Bezhani

Der Vorsitzende der Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien, Genosse K. Bezhani, hat ein gleichlautendes Bestätigungsschreiben an den Vorsitzenden der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Türpe, übersandt.

CONFIDENTIAL

DDR/VR Bulgarien:

„Protokoll

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

Zur Erleichterung des Abschlusses und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Volksrepublik Bulgarien haben das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Handel der Volksrepublik Bulgarien folgende Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958), die am 13. Dezember 1957 in Moskau durch die Ständige Kommission für Außenhandel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beschlossen worden sind, vereinbart:

1. § 9 wird mit folgendem Text ergänzt:

„Die Lieferfristen werden im Vertrag nach Monaten festgelegt, mit Ausnahme von kompletten Anlagen und/oder Maschinen mit Sonderanfertigung, deren Lieferfrist nach Quartalen festgelegt wird.

Der Käufer ist nicht verpflichtet, Teillieferungen oder vorzeitige Lieferungen anzunehmen, wenn dies nicht im Vertrag vereinbart wurde. Die Durchführung von Teillieferungen in einem zum Wert der kontrahierten Ware prozentualen Verhältnis ist ohne besondere Vereinbarung nicht zulässig.“

2. Als § 29, Absatz 5, wird folgender Text angefügt:

„Nach Ablauf der Lieferfrist hat der Verkäufer das Recht, beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers zu versenden, wenn er infolge des spezifischen Charakters der Ware oder aus dem Mangel an Lagerräumen nicht die Möglichkeit hat, die Ware einzulagern.

Die Absendung der Ware darf jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und 5 Tage, gerechnet vom Tag der Mahnung, abgewartet hat.“

3. Zu § 46, Ziffer 2, wird folgende Ergänzung getroffen:

„Die Vertragspartner werden auch dann für eine teilweise oder völlige Nichterfüllung der Vertragsverpflichtung befreit, wenn dies eine Folge anderer vom Willen der Partner unabhängiger Umstände

war, die der von ihnen betroffene Partner auch bei Anwendung größter Sorgfalt nicht beseitigen konnte.“

4. Zu § 48 wird folgendes ergänzt:

„Reklamationen für die Menge und die Qualität von Frischobst und Gemüse werden in der handelsüblich kürzeren Frist erhoben, als im § 48 der „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ festgelegt ist.

Diese Fristen werden zwischen den zuständigen Außenhandelsunternehmen vereinbart.“

5. Zu § 59 wird folgendes vereinbart:

„Bei Verzögerungen der Warenlieferungen gegenüber den im Vertrag festgelegten Fristen um mehr als 30 Tage, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer eine Konventionalstrafe, wie im § 59 festgelegt, zu zahlen.“

6. Die vorstehenden Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ finden Anwendung auf alle Verträge, die nach dem 1. Januar 1958 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Volksrepublik Bulgarien abgeschlossen worden sind, zukünftig abgeschlossen werden bzw. vor dem 1. Januar 1958 auf die Positionen des Handelsabkommens für das Jahr 1958 abgeschlossen, worden sind.

Alle in den bisher abgeschlossenen Verträgen enthaltenen Vereinbarungen, die den „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ sowie diesen Ergänzungen widersprechen, werden dadurch außer Kraft gesetzt.

7. Dieses Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 24. Januar 1958, in je 2 Exemplaren, ein jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Unterschrift

Für das Ministerium für Handel der Volksrepublik Bulgarien
gez. Unterschrift“

DDR/CSR:

„Protokoll

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

Zur Erleichterung des Abschlusses und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Tschechoslowakischen Republik haben das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Außenhandel der Tschechoslowakischen Republik folgende Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschafts-

hilfe“, die am 13. Dezember 1957 in Moskau durch die Ständige Kommission für Außenhandel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe angenommen worden sind, vereinbart:

Artikel 1 (zu § 9)

Die Lieferfristen werden im Vertrag nach Monaten festgelegt, mit Ausnahme von kompletten Anlagen oder in sich geschlossenen Teilen kompletter Anlagen sowie von großen Maschinen, die nicht serienmäßig hergestellt werden oder die Prototyp-Charakter tragen, deren Lieferfristen nach Quartalen festgelegt werden.

Der Käufer ist nicht verpflichtet, Teillieferungen oder vorfristige Lieferungen anzunehmen, sofern dies nicht im Vertrag vereinbart wurde.

Die Festlegung von Teillieferungen in einem zum Wert der kontrahierten Ware prozentualen Verhältnis ist ohne besondere Vereinbarung nicht zulässig.

CONFIDENTIAL

Artikel 2 (zu § 27)

Falls im Vertrag nicht anders festgelegt wurde, endet die Garantiezeit für die Gegenstände und Bestandteile, die als Ersatz für die fehlerhaften geliefert wurden, gleichzeitig mit der Garantiezeit für die gesamte Ausrüstung.

Artikel 3 (zu § 29)

Nach Ablauf der Lieferfrist hat der Verkäufer das Recht, beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers zu versenden, wenn er infolge des spezifischen Charakters der Ware oder aus dem Mangel an Lagerräumen nicht die Möglichkeit hat, die Ware einzulagern.

Die Absendung der Ware darf jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und 5 Tage, gerechnet vom Tag der Mahnung, abgewartet hat.

Artikel 4 (zu § 59)

Der Käufer ist berechtigt, vom ersten Tage des Lieferverzuges Konventionalstrafe zu berechnen.

Die Vertragsstrafe wird vom Wert der verspätet gelieferten Waren oder des nicht ausgelieferten Warenrestes berechnet.

Artikel 5 (zu § 62)

Bei Verletzung des Liefertermins in Fixgeschäften hat der Verkäufer dem Käufer, wenn letzterer vom Vertrag zurücktritt, eine einmalige Konventionalstrafe, deren Höhe 5 %, gerechnet vom Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware, beträgt, zu zahlen, falls keine andere Höhe im Vertrag festgelegt wurde.

*) Anmerkung: Auslegung des Artikels 6 des Ergänzungsprotokolls zwischen der DDR und der CSR
Folgende Auslegung des Artikels 6 des zwischen dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Außenhandel der Tschechoslowakischen Republik vereinbarten Protokolls zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ wird für verbindlich erklärt:

„Die in Artikel 6 des zwischen der CSR und der DDR verein-

Artikel 6 (zu § 64 *)

Der Käufer hat nicht das Recht, neben den Ansprüchen auf Konventionalstrafe oder über die Konventionalstrafe hinaus irgendwelche anderen Ansprüche auf Schadensersatz geltend zu machen.

Artikel 7

Die vorstehenden Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ finden Anwendung auf alle Verträge, die nach dem 1. Januar 1958 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Tschechoslowakischen Republik abgeschlossen werden.

Artikel 8

Dieses Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft, jedoch mit Wirkung vom 1. Januar 1958.

Ausgefertigt in Berlin, am 28. Januar 1958, in zwei Originalen, ein jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Unterschrift

Für das Ministerium für Außenhandel der Tschechoslowakischen Republik
gez. Unterschrift

barten Protokolls zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ getroffene Regelung, wonach der Käufer nicht das Recht hat, neben den Ansprüchen auf Konventionalstrafe oder über die Konventionalstrafe hinaus irgendwelche anderen Ansprüche auf Schadensersatz geltend zu machen, bezieht sich auch auf den Fall des Rücktritts vom Vertrage gemäß § 61 dieser Allgemeinen Bedingungen.“

DDR/VR Polen:

„Protokoll

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Außenhandel der Volksrepublik Polen haben zur Erleichterung des Abschlusses und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen folgende Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958), die am 13. Dezember 1957 in Moskau durch die Ständige Kommission für Außenhandel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beschlossen worden sind, vereinbart:

Zu § 9:

Vor § 9 wird als § 9 a) folgende Formulierung eingefügt:

„Die Lieferfristen können in beiderseitigem Einvernehmen nach Monaten festgelegt werden mit Ausnahme komplizierter Maschinen und/oder Ausrüstungen, deren Lieferfrist nach Quartalen festgelegt wird.“

Der Käufer ist nicht verpflichtet, Teillieferungen oder vorzeitige Lieferungen anzunehmen, wenn dies nicht im Vertrag vereinbart wurde. Die Durchführung von Teillieferungen in einem zum Wert der kontrahierten Ware prozentualen Verhältnis ist ohne besondere Vereinbarung nicht zulässig.“

Der bisherige § 9 wird § 9 b).

Zu § 59 – Absatz 1):

Der 2. Satz wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Die Konventionalstrafe wird vom 1. Tage des Lieferverzuges an in folgender Höhe berechnet:“

Zu § 62:

Absatz 1) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Bei Verletzung des Liefertermins in Fix-Geschäften hat der Verkäufer dem Käufer, wenn letzterer vom Vertrag zurücktritt, eine einmalige Konventionalstrafe, deren Höhe 5 %, gerechnet vom Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware, beträgt, zu zahlen.“

Die „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ sowie die vorstehenden Ergänzungen finden Anwendung auf alle Verträge, die nach dem 1. Januar 1958 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deut-

sehen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Volksrepublik Polen abgeschlossen worden sind bzw. künftig abgeschlossen werden.

Für alle Verträge, welche vor dem 1. Januar 1958 abgeschlossen wurden, gelten die „Allgemeinen Lieferbedingungen“, welche im Vertrag vereinbart wurden und im Falle, daß solche Vereinbarungen nicht im Vertrag vorhanden sind, gelten die „Allgemeinen Lieferbedingungen“, die zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages gültig waren.

Dieses Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung, jedoch mit Wirkung vom 1. Januar 1958, in Kraft. Seine Gültigkeit endet mit der Gültigkeit der „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“.

Ausgefertigt in Berlin am 8. Februar 1958 in je zwei Originalen, ein jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Unterschrift

Für das Ministerium für Außenhandel der Volksrepublik Polen
gez. Unterschrift

DDR/Rumänische VR:

„Protokoll

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“

(Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

Zur Erleichterung der Abschlüsse und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Rumänischen Volksrepublik haben das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Handel der Rumänischen Volksrepublik vereinbart, daß für oben angeführte Verträge außer den „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) auch die nachfolgenden Bestimmungen Anwendung finden:

1. Zu § 9:

Konkrete Lieferfristen sind im Vertrag festzulegen. In der Regel sind monatliche Liefertermine zu vereinbaren.

2. Zu § 29:

Außer dem im § 29 festgelegten Recht der Einlagerung hat der Verkäufer bei der mit der Eisenbahn zu versendenden Ware auch das Recht, nach Ablauf der Lieferfrist beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers zu versenden. Die Absendung der Ware kann jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer telegrafisch wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und diese innerhalb von 5 Tagen, gerechnet nach dem Tag der Aufgabe des Telegramms, nicht erhalten hat.

3. Zu § 32

Die Benachrichtigung über die erfolgte Verladung der Ware hat sofort nach Verladung mittels Telegramm (TM 2) zu erfolgen. Eine Ausfertigung des Telegramms ist an den Käufer und eine zweite Ausfertigung an das Speditionsunternehmen des Käuferlandes (Deutrans, Berlin bzw. Romtrans, Bukarest) zu richten. Das Telegramm muß die im § 32 vorgesehenen Angaben enthalten.

4. Zu § 37:

Vorzeitige Lieferungen bedürfen der Zustimmung des Käufers. Die Durchführung von Teillieferungen in einem zum Wert der kontrahierten Ware prozentualen Verhältnis ist ohne Zustimmung des Käufers nicht zulässig.

5. Zu § 59:

Die Konventionalstrafe, die der Verkäufer für die Verzögerung der Warenlieferung gegenüber dem im Vertrag festgelegten Termin an den Käufer zu zahlen hat, wird, beginnend vom 31. Tage nach Ablauf des Liefertermines, berechnet.

6. Zu § 64:

Der Käufer hat nicht das Recht, neben den Ansprüchen auf Konventionalstrafe oder über die Konventionalstrafen hinaus irgendwelche anderen Ansprüche auf Schadenersatz geltend zu machen.

7. Die Bestimmungen dieses Protokolls finden auf alle

Verträge Anwendung, die nach dem 1. Januar 1959 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Rumänischen Volksrepublik abgeschlossen worden sind und noch abgeschlossen werden. Sie finden ebenfalls Anwendung auf die Verträge im Rahmen des Abkommens über gegenseitige Warenlieferungen im Jahre 1959, die bereits vor dem 1. Januar 1959 zwischen den Außenhandelsunternehmen beider Länder abgeschlossen worden sind.

8. Dieses Protokoll tritt mit Wirkung vom 1. Januar

1959 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Protokoll zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) vom 12. Februar 1958 außer Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 26. März 1959, in je zwei Originalen in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Unterschrift

Für das Ministerium für Handel der Rumänischen Volksrepublik
gez. Unterschrift

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

DDR / UdSSR:

„Protokoll

über die Ergänzungen zu den „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsorganisationen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“

(Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)

Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Außenhandel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind übereingekommen, die „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsorganisationen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) bezüglich der Warenlieferungen aus der DDR nach der UdSSR und aus der UdSSR nach der DDR durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

1. Die Lieferfristen werden in den Verträgen grundsätzlich nach Quartalen festgelegt, wobei die Lieferungen innerhalb der Quartale nach Möglichkeit gleichmäßig erfolgen werden. (Zum Abschnitt „Lieferfristen“ der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958).
2. Bei Eisenbahntransporten mit Umladung auf der Grenzstation des Verkäufer-, Käufer- oder Transitlandes werden die Kollianzahl und/oder das Gewicht der gelieferten Ware, wenn sie durch den Absender bestimmt und von der Eisenbahnversandstation des Verkäuferlandes nicht geprüft wurden, auf der Grundlage des Frachtbriefes für den direkten internationalen Güterverkehr bestimmt; in den Fällen, in denen die Prüfung des Gewichtes und/oder der Kollianzahl am Umladeort unter der Bedingung des Eintreffens der Ware und des Waggons am Umladeort in einem die Haftung der Eisenbahn ausschließenden Zustand durchgeführt wurde – auf Grund einer Tatbestandsaufnahme, die entsprechend den Bestimmungen des SMGS am Umladeort ausgefertigt wurde. Falls die sowjetische Grenzstation, auf der die Umladung der Ware erfolgte, keine Tatbestandsaufnahme ausgefertigt hat, sondern im Eisenbahnfrachtbrief eine Eintragung über Fehlmengen oder überschüssige Mengen vornimmt, so gilt die Ware als nach dem Gewicht und/oder der Kollianzahl übergeben, das in der Eintragung der sowjetischen Grenzstation im Eisenbahnfrachtbrief angegeben ist, vorausgesetzt, daß festgestellte Gewichtsunterschiede die im SMGS vorgesehenen Normen für den Gewichtsverlust übersteigen. (Zu § 13, Punkt 1 der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958.)
3. Außer den Fällen der höheren Gewalt werden die Partner von der Verantwortlichkeit für die teilweise oder völlige Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen auch beim Eintreten anderer vom Willen der Partner unabhängiger Umstände befreit, die der von ihnen betroffene Partner auch bei Anwendung größter Sorgfalt nicht beseitigen kann. Der Partner ist jedoch nicht berechtigt, sich auf solche Umstände zu berufen, wenn die teilweise oder völlige Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen auf ein schuldhaftes Verhalten des Erfüllungsg-

gehilfen des betroffenen Partners zurückzuführen ist. (Zu § 46, Punkt 2 der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958).

4. Die im § 59 der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958 vorgesehene Konventionalstrafe wird im Falle der Verspätung der Lieferung der Ware um mehr als 30 Tage gegenüber der vertraglich festgelegten Lieferfrist für jeden Tag des Verzuges über die erwähnte 30tägige Karenzzeit hinaus berechnet.
5. Der Käufer hat nicht das Recht, irgendwelche Ansprüche auf Schadensersatz gegenüber dem Käufer zu erheben, wenn er in Übereinstimmung mit den Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958 berechtigt ist, Ansprüche auf Konventionalstrafe ihm gegenüber geltend zu machen.
6. Wenn der Verkäufer nicht in der Lage ist, eine einwandfreie Ware zu liefern und im Zusammenhang damit ein Lieferverzug über die im § 61 der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958 vorgesehenen Fristen hinaus eintritt, ist der Käufer berechtigt, ohne Anrufung eines Schiedsgerichtes von der weiteren Erfüllung des Vertrages hinsichtlich des veräußerten Teiles zurückzutreten, wobei er nicht das Recht hat, gegenüber dem Verkäufer irgendwelche anderen Ansprüche aus der Nichterfüllung des Vertrages, außer der Konventionalstrafe für den Lieferverzug in der Höhe, die in § 59 der erwähnten Allgemeinen Lieferbedingungen festgelegt ist und der Rückerstattung eines Vorschusses, geltend zu machen. (Zu § 56 der Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958).
7. Vorliegendes Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft. Seine Bestimmungen werden jedoch auf die Verträge Anwendung finden, die zwischen den Außenhandelsorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik und den sowjetischen Außenhandelsorganisationen nach dem 1. Januar 1958 abgeschlossen worden sind. Im Falle von Abweichungen der Bestimmungen des vorliegenden Protokolls von den Bedingungen der zwischen den genannten Außenhandelsorganisationen nach dem 1. Januar 1958 abgeschlossenen Verträge, werden die Bestimmungen des vorliegenden Protokolls angewandt.

Ausgefertigt in Moskau, am 11. April 1958 in zwei Exemplaren, ein jedes in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht
des Ministeriums für Außenhandel
und Innerdeutschen Handel
der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Unterschrift

In Vollmacht
des Ministeriums für Außenhandel
der Union der SSR
gez. Unterschrift“

CONFIDENTIAL



50X1-HUM

50X1-HUM



DDR/ Ungarische VR:**„Protokoll**

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“

Zur Erleichterung des Abschlusses und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Ungarischen Volksrepublik haben das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Außenhandel der Ungarischen Volksrepublik folgende Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, die am 13. Dezember 1957 in Moskau durch die Ständige Kommission für Außenhandel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe gebilligt worden sind, vereinbart:

1. Zu Abschnitt II, § 8

Nach § 8 wird ein neuer § 8 a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

Die Lieferung wird von „Haus zu Haus“ allein durch den Käufer versichert. Der Verkäufer darf dem Käufer gegenüber keine Transportversicherungskosten in Rechnung stellen und solche Kosten auch in den Preis nicht einkalkulieren.

Verweigert der Käufer die Übernahme der beschädigten Ware mit dem Nachweis, daß die Schadensgefahr vom Verkäufer zu tragen ist, so kann der Verkäufer verlangen, daß der Käufer seinen Anspruch auf Schadensersatz auf ihn überträgt. In diesem Falle hat der Verkäufer dem Käufer die von ihm bezahlten Versicherungsgebühren zu ersetzen.

2. Zu Abschnitt III, § 9

Im § 9 wird als Absatz 1 folgende Formulierung eingefügt:

„Die Lieferfristen sind in den Verträgen zu bestimmen.“

Für Massenartikel werden die Lieferfristen nach Monaten, für alle übrigen Waren nach Quartalen festgelegt. Der Käufer ist nicht verpflichtet, Teillieferungen oder vorzeitige Lieferungen anzunehmen, wenn dies nicht im Vertrag vereinbart wurde.“

Der bisherige Text des § 9 bleibt als Absatz 2 bestehen.

3. Zu Abschnitt X, § 24

Als § 24, Absatz 3, wird folgende Formulierung eingefügt:

„Für die als Ersatz gelieferten Gegenstände oder Teile übernimmt der Verkäufer eine neue Garantie gemäß § 23 dieser Allgemeinen Lieferbedingungen.“

4. Zu Abschnitt XI, § 29

Als § 29, Absatz 5, wird folgende Formulierung eingefügt:

„Nach Ablauf der Lieferfrist hat der Verkäufer das Recht, beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers bei gleichzeitiger telegrafischer oder fernschriftlicher Benachrichtigung zu versenden, wenn er infolge des spezifischen Charakters der Ware oder aus dem Mangel an Lagerräumen bzw. Lagerflächen nicht die Möglichkeit hat, die Ware einzulagern. Die Absendung der Ware darf jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und 5 Tage, gerechnet vom Tag der Mahnung, abgewartet hat.“

5. Zu Abschnitt XI, § 32

Der Wortlaut des § 32, Satz 1, wird wie folgt abgeändert:

„Bei Eisenbahntransporten hat der Verkäufer bei einer Transportdauer bis zur Landesgrenze des Käufers

von nicht mehr als 4 Tagen binnen 24 Stunden nach Versand der Ware,

von mehr als 4 Tagen binnen 48 Stunden nach Versand der Ware

dem Käufer ein telegrafisches oder fernschriftliches Avis zu senden. Die Absendung der Nachricht und der Inhalt derselben ist brieflich zu bestätigen. Bei Versand von Stückgut ist der Verkäufer nicht zur Benachrichtigung verpflichtet. Im Falle von Kraftfahrzeug- und Lufttransporten muß die Benachrichtigung binnen 2 Stunden nach Versand der Ware erfolgen.“

6. Zu Abschnitt XIII

§ 46, Ziffer 2, wird durch folgende Formulierung ersetzt:

„Die Vertragspartner werden auch dann für eine teilweise oder völlige Nichterfüllung der Vertragsverpflichtung befreit, wenn dies eine Folge anderer vom Willen der Partner unabhängiger Umstände war, die der von ihnen betroffene Partner auch bei Anwendung größter Sorgfalt nicht beseitigen konnte, ohne daß diese Umstände als höhere Gewalt bezeichnet werden können.“

7. Zu Abschnitt XV, § 59

§ 59 wird im bisherigen Wortlaut gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

„Im Falle einer Verzögerung der Warenlieferung gegenüber dem im Vertrag festgelegten Termin von über 30 Tagen muß der Verkäufer dem Käufer Konventionalstrafe nach dem Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware für jeden Tag der Verzögerung über die erwähnte 30tägige Frist hinaus in folgender Höhe bezahlen:

Im ersten Monat über die obenerwähnten 30 Tage: 0,05 %, im zweiten Monat über die obenerwähnten 30 Tage: 0,08 % und weiter: 0,12 % für jeden Tag der Verzögerung. Die Gesamthöhe der Konventionalstrafe darf jedoch 8 % des Warenwertes, auf den sich die Verzögerung bezog, nicht überschreiten.“

8. Zu Abschnitt XV, § 63

§ 62, Absatz 1, wird durch folgende Formulierung ersetzt:

„Bei Verletzung des Liefertermins in Fixgeschäften hat der Verkäufer dem Käufer, wenn letzterer vom Vertrag zurücktritt, eine einmalige Konventionalstrafe in Höhe von 5 %, gerechnet vom Wert der nicht fristgemäß gelieferten Ware, zu zahlen.“

9. Zu Abschnitt XV, § 64

Nach § 64 wird ein neuer § 64 a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Falls der Käufer auf Grund der vorliegenden Allgemeinen Lieferbedingungen einen Anspruch auf Vertragsstrafe erwirbt, kann er infolge der Vertragsverletzung keine weiteren Forderungen auf Schadensersatz gegenüber dem Verkäufer erheben.“

10. Zu Abschnitt XVII, § 74

§ 74 erhält zwei Absätze. Der erste Absatz lautet wie folgt:

„Sämtliche Rechte und Ansprüche, die sich aus einem nach den vorliegenden Allgemeinen Lieferbedingungen abgeschlossenen Vertrage oder im Zusammenhang mit ihm ergeben, verfahren nach

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

17

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

2 Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt bei Mängelansprüchen am ersten Tage des auf die Absendung der Mängelanzeige (§ 48) folgenden Monats, in allen übrigen Fällen mit dem Entstehen der betreffenden Rechte und Ansprüche."

Der bisherige Text des § 74 bleibt als zweiter Absatz bestehen.

11. Die vorstehenden Ergänzungen der „Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ finden Anwendung auf alle Verträge, die nach dem 1. Januar 1958 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Ungarischen Volksrepublik abgeschlossen worden sind bzw. zukünftig abgeschlossen werden.

12. Dieses Protokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 1. April 1958 in je zwei Exemplaren, ein jedes in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik

gez. Unterschrift

In Vollmacht des Ministeriums für Außenhandel der Ungarischen Volksrepublik

gez. Unterschrift"

Hinweis:

1. Die „Allgemeinen Bedingungen des RgW 1958“ und die dazu abgeschlossenen Ergänzungsprotokolle sind für alle Verträge, die von den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Außenhandelsunternehmen der übrigen Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe abgeschlossen werden, verbindlich. Ein Abweichen von einzelnen Bestimmungen der Bedingungen ist nur zulässig, wenn die Vertragspartner übereinstimmend feststellen, daß dies infolge des spezifischen Charakters der Ware und/oder der Besonderheiten ihrer Lieferung erforderlich ist. Ein solches Abweichen bedarf der ausdrücklichen Vereinbarung im jeweiligen Vertrag.

2. Auf Verträge, die zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der übrigen Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe vor dem 1. Januar 1958 abgeschlossen wurden, auch wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfüllt worden sind, finden die vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel mit den Außenhandelsministerien der einzelnen Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf zweiseitiger Grundlage vereinbarten jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen „Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen“ Anwendung.

CONFIDENTIAL

50X1-HUM

50X1-HUM